

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.  
Bezugspreis für Thorn bei Abschaltung in der Geschäftsstelle,  
Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Post-  
anstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus  
gebracht 2 Mark.

Anzeigengebühr  
die gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter  
dem Strich) die Zeile 30 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle,  
Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm.  
Außwärts: Sämtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

# Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.  
Sprechstunde: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.  
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.  
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

## Deutsches Reich.

Der Kaiser traf am Sonnabend Vormittag an der Kaiser-Wilhelm-Brücke bei Remscheid ein und fuhr zu Wagen nach der Remscheider Thalsperre. Die Behörden von Remscheid hatten hier Aufstellung genommen. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters sprach der Kaiser in seiner Antwort für den außerordentlich schönen Empfang seinen Dank aus, der alten Kreisen der Bevölkerung übermittelt werden möchte. Darauf hielt Professor Inze-Machen eingehenden Vortrag über das große Werk, worauf der Kaiser das Schloß Burg an der Wupper besuchte und sich dort Pläne für die weitere Ausmalung derselben vorlegen ließ. Nachmittags um 6 Uhr ist der Kaiser wieder in Villa Hügel eingetroffen, wo Abends das städtische Orchester und die beiden auf dem Kasseler Gesangswettstreit preisgekrönten Gesangvereine Concordia und der Essener Männergesangverein konzertierten.

Aus der Antwort des Kaisers auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Schmieding im Dortmunder Rathaus, die wir am Sonnabend nur unvollständig wiedergeben konnten, sind folgenden Sätze hervorzuheben: „Das Werk, welches wir heute eingeweiht haben, wird hoffentlich ein Markstein in der Wendung der Geschichte der hiesigen Stadt sein. Es wird aber auch hoffentlich der heutige Tag ein Markstein im Fortschreiten der Einsicht aller meiner Untertanen sein, daß es notwendig ist, zuweilen die eigenen Wünsche und Aspirationen dem Wohl des gesamten Staates unterzuordnen. So hoffe ich, daß das Theilstück, dieses erste Glied, das wir heute eingeweiht haben, im Verhältniß zu dem großen Werke des Ausbaues unserer Wasserstraßen aufgefaßt und verstanden werden wird; denn nicht etwa soll unsere gesamte Kraft blos auf diesen Kanal gerichtet sein oder er allein die Arbeit und Leistung des preußischen Staates für längere Zeit absorbieren. Abgesehen von ihnen sind von mir zur Arbeit befohlen und bereits in Ausführung begriffen große Projekte, die der Oder gleichmäßigen Lauf und gleichmäßige Tiefe verleihen sollen, um auch die nördlichen Provinzen und einen Theil Schlesiens mit der See zu verbinden. Auch anderweitige große Wasserarbeiten sind geplant in unseren östlichen Provinzen, die der Landwirtschaft zu gute kommen sollen. Nur durch das Einandergreifen und das Nebeneinanderbestehen von Industrie und Landwirtschaft ist es möglich, den Staat vorwärts zu bringen und auf gewinder Basis weiter zu führen.“ Hierauf leerte der Kaiser den Pokal auf das Gediehen und Blühen der Stadt Dortmund bis zur Nagelprobe.

Der „Reichsanzeiger“ bringt die Kaiserreden nach Wolfs Bureau unter Quellenangabe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt an der Spitze des Blattes, daß die Dortmunder Kaiserworte ihr aus sehr naheliegenden Gründen keine Veranlassung geben, Zusatzbemerkungen zu machen, und verwirft den Vorschlag der Stimmenthaltung der Konservativen als gegen die verfassungsmäßige Aufgabe des Abgeordneten verstörend. — Die „Revue“ meint: Unsere Parteifreunde werden die allerhöchste Kundgebung in Dortmund mit Erfurth entgegennehmen und wie immer den Wunsch hegen, der Wille unseres Kaisers möge zur Geltung kommen, und daß sie selbst schmerzlich davon berührt sein werden, wenn es ihnen ver sagt sei, dabei mitzuwirken. Die Konservativen seien auch als Kanalgegner keine Fanatiker, die etwa um jeden Preis ihre Meinung durchsetzen möchten oder gar eine Machtprobe anzustellen willens wären. — Die antisemitische „Staatsburgersitzung“ endlich bedauert die Kundgebung des Kaisers. Sie erblickt darin eine Wendung für unsere gesammten innerpolitischen Verhältnisse, zum mindesten aber einen deutlichen Rückzug links. Das Blatt weist auch auf das Fernbleiben des Ministers v. Miquel von der Feier in Dortmund hin und meint, die hierfür geltend

gemachten „dringenden Geschäfte“ lägen vielleicht in der Abschaffung des Entlassungsgesuchs, da man nicht annehmen könne, daß ein Mann wie Miquel diese Wendung der inneren Politik mitmachen werde.

Als Vertreter Nordhausen im Herrnhans ist vom Magistrat der Erste Bürgermeister Contag an Stelle des früheren Vertreters Schustehrus gewählt worden.

Die interparlamentarische Konferenz für Schiedsgerichte und Frieden hat in Christiania beschlossen, sich fortan „Interparlamentarische Vereinigung“ zu nennen. Sie ist zusammengelegt aus nationalen „Gruppen“. Gegenwärtig sind 18 nationale Gruppen vertreten und jede dieser nationalen Gruppen entsendet zwei Parlamentarier in den „Interparlamentarischen Rath“, der als permanenter Exekutivausschuß funktioniert und die dauernde Verbindung unter den einzelnen nationalen Gruppen aufrecht erhält. Diesem „Interparlamentarischen Rath“ dient ein ständiges Bureau in Bern.

Zur Entstehungsgeschichte der Zuchthausvorlage stellt der Bielefelder Pastor Bodelschwingh in der Naumann'schen „Hilfe“ aus seiner Erinnerung, so gut er kann, Folgendes fest: „In Wilhelmsdorf gab es vor der Thür des Desinfektionsofens zur Reinigung der Kleider der Arbeiter ein etwas lebhaftes Gespräch. Einer der anwesenden Herren äußerte sich dahin, daß der richtige Strolch sein Ungeziefer wohl gar nicht los werden will. Der Kaiser ergriff die Gegenpartei und sprach sich durchaus freundlich im Sinne der arbeitslosen Wanderer aus. Ich stimmte ihm bei und ließ hierbei in Erinnerung der schweren Noth, die wir die letzten Wochen durchgemacht hatten, die Bemerkung fallen, daß viele Arbeiter von Herzen gern arbeiten möchten, wenn ihnen nur der nötige Schutz gewährt würde. Es ist wohl zweifellos, daß aus diesen Worten der Kaiser seinen Anlaß zu der Sparenberger Rede genommen hat, die übrigens in ihrem Zusammenhange viel arbeiterfreundlicher geklungen hat, als sie später ausgedeutet ist. Er verlangte Schutz für alle nationale Arbeit und strenge Bestrafung aller derer, die solche Arbeit stören. Daß aus diesen meinen hingeworfenen Worten das sogenannte „Zuchthausgesetz“ entstanden sein soll, muß ich entschieden bezweifeln. Hier müssen andere Faktoren mitgewirkt haben. Das Wort des Kaisers könnte ebenso gut für und wider Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gedeutet werden. Ich würde für meine Person, wenn eine neue Gesetzesvorlage kommt, am allermeisten dafür sein, daß bei Streiks ein Zwangsverfahren eingerichtet wird, welches Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichzeitig nötigt, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen und Frieden zu machen. Die jüngsten halbiregalregeln halte ich in der That für unbarthig, aber das Gesetz darf nicht einmal den Schein haben, als ob es einseitig gegen die Arbeiter gerichtet wäre. Auf welcher Seite das Unrecht liegt, ist in vielen Fällen schwer zu entscheiden; und darum sind jene unparteiischen Schiedsgerichte durchaus nötig.“ — Das Charakteristische dieser Auslassungen ist das Bestreben des Pastors Bodelschwingh, die Schuld an der Zuchthausvorlage von sich abzuwälzen, ebenso bemerkenswert ist das Eingeständniß, daß derjenige, welcher zweifellos den ersten Anstoß zu der Vorlage gegeben hat, mit dem Gesetzentwurf nicht einverstanden ist, weil er den Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschieden behandelt.

## Prozeß Dreyfus.

Die zweite öffentliche Sitzung am Sonnabend erklärte Präsident Jouast um 6½ Uhr für eröffnet. Gleich darauf wird Dreyfus vorgeführt. Der Saal bietet denselben Anblick wie Montag. Nach und nach sind General Billot, Mercier, St. Germain, Chanoine und Casimir Perier eingetroffen. General Mercier wird unterwegs durch Zurufe, es lebe die Armee, es lebe Mercier, begrüßt. Oberst Picquart wurde mit Hochrufen begrüßt. Vor der Eröffnung der Verhandlung sagte der Vorsitzende zu Dreyfus, daß am 19. Januar 1896 der Kommandant der Insel Ré in seiner Tasche eine

Abschrift des Borderaus gefunden habe. Dreyfus erwiderte, er habe damit eine Abschrift des Borderaus aufbewahren wollen. Der Präsident erkennt an, daß er dazu berechtigt war.

Auf Antrag des Regierungskommissars wurde der Bericht des Dr. Ramon verlesen, in welchem die bei der Ueberführung des Dreyfus von der Insel Ré nach Cayenne getroffenen Maßnahmen angeführt sind und in welchem festgestellt wird, daß niemand mit Dreyfus sprechen durfte, welcher vielmehr spät an Bord weinend auf seinem Schmelz saß.

Casimir Perier erklärte: General Mercier machte mir von der Thatfrage Mittheilung, daß im Bureau des Generalstabs Dokumente verschwunden seien und daß das Schriftstück, welches die Sache aufdeckte, in der Botschaft einer fremden Macht gefunden worden sei. General Mercier sagte mir auch, daß dem Kriegsgericht ein Schriftstück „cette canaille de D...“ mitgetheilt worden sei. Am 5. Januar, als der Minister des Außenfern im Süden weilt, begab sich der deutsche Botschafter zum Ministerpräsidenten und legte ihm eine Depesche vor, welche er vom Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe im Namen des Kaisers erhalten hatte. Er bat gleichzeitig den Ministerpräsidenten, ihm eine Audienz bei mir zu verschaffen, da diese Depesche die Aufforderung enthielt, die Frage mit mir persönlich zu verhandeln. Ministerpräsident Dupuy berichtete mir von dem Schrift des Botschafters und übergab mir den Text der Depesche. Ich ließ dem Botschafter mittheilen, daß ich ihn am nächsten Tage erwarte. — Die Zusammenkunft fand am nächsten Tage, einem Sonntage, gegen 1 Uhr statt. Ich las die Depesche, in welcher ich als Präsident der Republik und persönlich gefragt wurde, warum die deutsche Botschaft in den Zeitungen in die Dreyfussache verwickelt werde. Wenn dieselbe in die Angelegenheit nicht verwickelt wäre, fordere man ein formelles Dementi. Nachdem meine Lektüre beendet war, bemerkte ich gegenüber dem Botschafter, sein Schrift sei ein etwas ungewöhnlicher. Ich sei ein unverantwortliches Staatsoberhaupt, habe mit dem verantwortlichen Minister oder in dessen Abwesenheit mit dem Ministerpräsidenten in der Angelegenheit zu verhandeln. Da er aber an meine Loyalität als Privatmann appellire, solle der Botschafter alles wissen. Ich erklärte sodann, daß ein Schriftstück in der deutschen Botschaft gefunden worden sei. Der Botschafter erwiderte, das erscheine ihm nicht unmöglich. Man erhalte dort sicher viele Schriftstücke, habe aber nicht feststellen können, daß ein solches von Bedeutung verschwunden sei. Ich antwortete, daß auch wir glücklicherweise das Schriftstück für unwichtig hielten, und daß weder die Regierung noch ich selbst die deutsche Botschaft in diese Angelegenheit verwickeln, wenn nichts darauf hindeute, daß die deutsche Botschaft sich um das Schriftstück bemüht habe. Ich bemerkte ferner, daß wir sie nicht verantwortlich machen für das, was sie empfinge, ebensowenig wie wir verantwortlich gemacht werden könnten für die Papiere, die man uns bringe. Es genüge aber, daß in einer fremden Botschaft ein Dokument gefunden worden sei, von dem man glaube, daß es von einem französischen Offizier herrühre, um die Schuld dieses Offiziers zu beweisen. Der Botschafter bestand jedoch auf einer entschiedenen Note, welche die Botschaft als unbeteiligt hinstellte.

Casimir Perier erklärte weiter, er habe einmal den Oberst Picquart empfangen und von ihm gehört, daß die Darlegungen des Schreibsach-verständigen Vertillon keinen großen Eindruck gemacht haben. Erst 14 Tage nach der Verurteilung des Dreyfus erhielt ich Kenntniß von einem Dossier; ich weiß nicht, ob ich sagen darf „Dossier“. (Bewegung.) Ich habe es schnell durchblättert. Perier verwahrt sich dagegen, daß zwischen ihm und der Familie von Dreyfus Unterhandlungen stattgefunden hätten. Auf die Anregung Waldeck-Rousseaus, daß das Kriegsgericht von 1894 möglichst öffentlich verhandelte, habe er erwidert, er könne nichts in der Sache thun. Perier fuhr fort: Um der Ehre des Amtes willen, welches ich inne hatte, und um der Ehre der Republik willen, konnte ich nicht zulassen, daß man wage zu sagen, der Präsident habe für einen des Berraths angeklagten Hauptmann der französischen Armee gesprochen. (Anhaltender allgemeiner Beifall.) Der Zwischenfall mit dem deutschen Botschafter, so erklärte Casimir Perier weiter, habe zu seinem Rücktritt nicht beigetragen. Es sei hier weder der Ort noch die Stunde, um zu sagen, daß der Präsident der Republik von Mitteln zum Handeln entblößt ist. „Die Sicherung, daß der diplomatische Zwischenfall meinen Rücktritt nicht beeinflußte,“ ruft Casimir Perier aus, „bin ich dem Tribunal von Soldaten schuldig, welches als die höchste nationale Würde versammelt ist. Ich habe geschworen, die volle Wahrheit zu sagen, ich habe sie ganz gesagt. Als Staatsoberhaupt oder einfacher Bürger habe ich mir gesagt, daß Frankreich in seinen Beschlüssen frei ist und diese nur aus sich selbst schöpfe. General Mercier hat, ich bestätige es, zu mir von Geständnissen des Dreyfus gesprochen; erst 4 oder 5 Tage, nachdem Mercier im Ministerrat darüber gesprochen.“

Der „Vokalanz“ berichtet noch aus dem Verhör des früheren Präsidenten Casimir Perier: Casimir Perier schreitet auf Dreyfus zu und hält diesem vor, daß er in einem Briefe, welcher von den nationalistischen Blättern gehörig ausgebettet worden ist, eine Anspielung gemacht habe, welche so ausgelegt wurde, als hätte zwischen dem Staatschef und dem Spionagewesen ein eigenthümlicher Zusammenhang bestanden. „Ich werde“, ruft Casimir Perier aus, „diesen Platz nicht verlassen, ohne dieser Lüge Herr geworden zu sein!“ (Beifall.) Dreyfus erklärt sehr ruhig, daß er ein Wort seines Vertheidigers zweifellos missverstanden habe. Casimir Perier will sich noch immer nicht beruhigen, bis endlich Demange verspricht, jene Journalnummer, welche den entstellten Bericht gebracht hat, suchen zu lassen.

Nach Casimir Perier wurde der frühere Kriegsminister Mercier als Zeuge vernommen: Er kommt mit langsam ruhigem Schritt herein, er hat eine schwarze Mappe unter dem Arm. Die Mappe ist dick mit Papieren vollgestopft. Er verbegt sich vor den Richtern und legt das Käppi und die Mappe auf die Barre. Er zieht seine weißen Handschuhe aus und schwört. Dann fragt er, ob er sich setzen könne. Der Präsident nickt. General Mercier setzt sich auf einen Stuhl hinter der Barre, den Richtern zugewendet. Mercier zählt verschiedene Fälle von Spionage auf, von denen er im Jahre 1894 Kenntniß hatte, und theilt mit, wie er sich über die Einzelheiten des von Schwarzkoppen organisierten Spionagedienstes beim Obersten Sandherr informierte. Der Gerichtsschreiber verliest einen Brief des deutschen Militärbefolmächtigten Schwarzkoppen, welcher sich auf Festungsanlagen im Departement Meuse bezieht. Mercier erklärt sodann, er habe es durchgesezt, daß von Seiten des Ministeriums des Außenfern Schritte beim Grafen Münster gethan wurden, die dahin zielen, der Spionage Schwarzkoppen ein Ende zu machen. Der Gerichtsschreiber verliest ein Altersstück, in welchem es heißt: „Schwarzkoppen muß im 2. Bureau einen Freund haben“ und: „Diese Canaille D. hat 12 wichtige Pläne gestohlen“. Während der weiteren Vernehmung Merciers verliest der Gerichtsschreiber einen Brief des italienischen Militärbefolmächtigten Panizzardi an Schwarzkoppen, in welchem es heißt: „D. brachte viele interessante Sachen. Wir müssen uns in die Arbeit theilen; wir haben nur 10 Tage“. Mercier spricht sich nunmehr über die Mittheilungen der geheimen Altersstücke beim Kriegsgericht von 1894 aus. Er sagt: „Um zu verstehen, was im Jahre 1894 vorging, muß man die politische Lage zu dieser Zeit kennen. Perier verschanzte sich hinter seine verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit, um Münster nicht zu antworten und dieses Hanotaux zu überlassen. Perier hat Ihnen nicht gesagt, daß Dupuy und ich bis Mitternacht im Elysee geblieben waren. Wir warteten auf die Mittheilung der zwischen dem Kaiser Wilhelm und seinem Botschafter ge-









